

Nr. 18/621

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Prävention des Alkoholmissbrauchs bei Minderjährigen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 8. Januar 2013
(Drucksache 18/720)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. März 2013
(Drucksache 18/815)
2. Aufgaben und Zukunft der Sondervermögen Bremens
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Januar 2013
(Drucksache 18/722)
3. Konzept zur Prävention von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen endlich umsetzen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Januar 2013
(Drucksache 18/726)
4. Erfahrungen des Konzeptes „Stopp der Jugendgewalt“
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 22. Januar 2013
(Drucksache 18/736)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. März 2013
(Drucksache 18/816)
5. Wird in Bremen durch Vereinssport die Integration gefördert?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 28. Januar 2013
(Neufassung der Drucksache 18/746 vom 23. Januar 2013)
(Drucksache 18/748)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. März 2013
(Drucksache 18/817)
6. Ursachenforschung und Konsequenzen von Unterrichtsausfall
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 4. Februar 2013
(Drucksache 18/750)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. März 2013
(Drucksache 18/818)

7. Perspektiven der Werften-Beschäftigten im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 12. Februar 2013
(Drucksache 18/759)
8. Reformstau bei den Pensionen und Übergangsgeldern für Senatsmitglieder
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 12. Februar 2013
(Drucksache 18/773)
9. Sozialraummonitoring vereinheitlichen? – Nachvollziehbare und transparente Entscheidungen ermöglichen!
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 19. Februar 2013
(Drucksache 18/783)

Nr. 18/622

Fragestunde

1. Beschäftigungsverbot bei schwangeren Lehrerinnen
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Februar 2013
 2. Nationales Waffenregister – Papiertiger oder reale Hilfe?
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Februar 2013
 3. Label „Für mehr Tierschutz“
Anfrage der Abgeordneten Jan Saffe, Linda Neddermann, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Februar 2013
 4. Opfer von Kindesmissbrauch nicht im Stich lassen
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Februar 2013
 5. Kriminalität von Strafunmündigen
Anfrage der Abgeordneten Erwin Knäpper, Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Februar 2013
 6. Aktivitäten des Verfassungsschutzes im Bereich Linksextremismus
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 22. Februar 2013
 7. Betriebskindergärten im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 22. Februar 2013
 8. Grenzüberschreitende Kriminalität
Anfrage der Abgeordneten Erwin Knäpper, Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. März 2013
 9. Lehrermangel in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. März 2013
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
10. Abweisung von Seeleuten beim Hafenärztlichen Dienst
Anfrage der Abgeordneten Paul Bödeker, Rainer Bensch, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 4. März 2013

11. Nachweis des Geburtstermins durch Kopie aus dem Mutterpass
Anfrage der Abgeordneten Sybille Böschen, Rainer Hamann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 5. März 2013
12. Zugverspätungen auf der Strecke Bremerhaven – Bremen
Anfrage der Abgeordneten Erwin Knäpper, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 7. März 2013

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 18/623

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:
„Schönes Land, schwache Bilanz – Rot-Grün muss den Tourismus endlich stärken“;
2. auf Antrag der Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE:
„23 Millionen Euro Defizit, keine Aussicht auf Verbesserung: Jacobs University vor dem Aus?“

Nr. 18/624

Weiterentwicklung der Psychiatriereform in Bremen – ein gesundheitspolitisches Zukunftskonzept!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Dezember 2012
(Drucksache 18/685)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ein Konzept zur Weiterentwicklung der Psychiatriereform für die Jahre 2013 bis 2021 zu erarbeiten. Dabei sind insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen und gegebenenfalls mit den Leistungsträgern zu verhandeln:
 - a) Gemeindepsychiatrische Verbände (der Teilregionen und übergreifend für das Land Bremen) als Organisationsform
 - zur Abstimmung unter den relevanten Akteurinnen und Akteuren,
 - zur Steuerung und weiteren Entwicklung sowohl in der personenzentrierten Behandlung als auch in der kooperativen Vernetzung der Anbieter,
 - zur Abstimmung der Angebote sowie für die Verhandlungen mit den Leistungsträgern;
 - b) Vorlagen zur Erprobung von Regionalbudgets im Bereich des SGB V § 64 b und im Bereich des SGB XII;
 - c) Einbeziehung von Patientinnen und Patienten und Angehörigen mit dem Ziel einer Verbesserung der psychiatrischen Versorgung und für die Evaluation der Weiterentwicklung der Psychiatriereform;
 - d) Festlegung von Steuerungsverantwortung auf den verschiedenen Ebenen der Versorgung;
 - e) Aufbau eines Verbraucherschutzes in der psychiatrischen Versorgung als Teil einer internen, wissenschaftlich fundierten regionalen Qualitätssicherung;

- f) Vorschläge für Maßnahmen zur Prävention und Inklusion in den Lebensbereichen Familie und Wohnumfeld, Bildung und Arbeit, Freizeit und Mitwirkung in der Zivilgesellschaft für das Land Bremen.
2. der staatlichen Deputation für Gesundheit regelmäßig über die Fortschritte des gesundheitspolitischen Entwicklungsprojektes zu berichten. Der erste Bericht soll im Frühjahr 2013 erfolgen.

Nr. 18/625

Keine weitere Belastung des Schienenverkehrsknotens Bremen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 17. Januar 2013
(Drucksache 18/733)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/626

Hafenhinterlandverkehr zukunftsgerecht ausbauen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 23. Januar 2013
(Drucksache 18/747)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 12. März 2013

(Drucksache 18/812)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und der Deutschen Bahn AG für die Prüfung des Ausbaus der Strecke Oldenburg–Cloppenburg–Osnabrück und des Maßnahmenbündels Modernisierung der „Amerika-Linie“/des Bereichs Rotenburg–Verden/Ertüchtigung des EVB-Bypasses mit der Ergänzung Dreigleisigkeit Lüneburg–Uelzen einzusetzen.
2. die Ergebnisse der Kapazitätsstudie zum Seehafenhinterlandverkehr mit den Ergebnissen zu verbinden, die sich aus der Überprüfung durch die Deutsche Bahn AG im Auftrag des Bundes ergeben, und das Ergebnis den staatlichen Deputationen für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vorzulegen. Dabei sind insbesondere die Kosten-/Nutzenabwägung, die regionale Verträglichkeit, z. B. die Lärmentwicklung in der Stadt, und insbesondere im Bremer Hauptbahnhof, Bau- und Betriebskosten sowie der Umsetzungshorizont zu berücksichtigen.
3. sich weiterhin für eine wirksame Entdröhnung des Bremer Hauptbahnhofs und der Eisenbahnbrücken einzusetzen.
4. sich auf Bundesebene und bei der Deutschen Bahn AG dafür einzusetzen, dass der Schienenverkehr und dessen weiterer Ausbau durch effiziente Lärmschutzmaßnahmen, wie lärmabhängige Trassenpreise, begleitet wird. Die veraltete Bremstechnik an Güterwaggons muss umgerüstet werden. Dafür sind in erster Linie die Betreiber der Waggons zuständig. Zu prüfen ist, ob es dazu eine Förderung durch den Bund geben soll.
5. sich vor dem Hintergrund steigenden Güterverkehrs dafür einzusetzen, dass der Schienengüterverkehr nicht zulasten des Personenverkehrs abgewickelt wird.
6. sich auf Bundesebene für eine anteilige Finanzierung von Netzen der NE-Bahnen durch den Bund einzusetzen.

Nr. 18/627

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage – Änderung des Bremischen Feiertagsgesetzes

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 22. Januar 2013
(Drucksache 18/744)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/628

Energiegenossenschaften fördern – Energiewende vorantreiben

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. Dezember 2012
(Drucksache 18/686)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, innerhalb von sechs Monaten ein Konzept zur Förderung von Energiegenossenschaften vorzulegen, das sicherstellt, dass

- a) im Rahmen der nächsten Stufe der Windkraftausbauplanung auch Windvorrangflächen ausgewiesen werden, die durch regionale Genossenschaften realisiert werden können, z. B. in der Mahndorfer Marsch,
- b) jedes Jahr mindestens 2000 m² öffentliche Dächer für die Nutzung von Fotovoltaik bereitgestellt werden, wobei alle Ressorts an der Suche nach geeigneten Dachflächen zu beteiligen sind, damit auch die Flächenpotenziale in den Häfen, im Bereich der Gewerbeflächen und auf der Blocklanddeponie einbezogen werden,
- c) mindestens 10 % der Dachflächen für die Nutzung durch Genossenschaften oder andere geeignete Bürgerbeteiligungsmodelle zur Verfügung gestellt werden,
- d) für Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, die auf einem öffentlichen Dach eine Solaranlage errichten möchten, eine feste Ansprechpartnerin oder ein Ansprechpartner genannt und entsprechende Anfragen zeitnah beantwortet werden,
- e) eine Regelung gefunden wird für die Verwendung und angemessene Vergütung des in den öffentlichen Gebäuden erzeugten Solarstroms durch die Nutzerinnen und Nutzer.

Nr. 18/629

Solarstrom für öffentliche Gebäude

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. Dezember 2012
(Drucksache 18/687)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf zu prüfen, ob und wie der Betrieb von Anlagen zur Stromerzeugung durch eine städtische Gesellschaft, z. B. Immobilien Bremen oder Seestadt Immobilien, möglich ist, und zu welchen Bedingungen der erzeugte Solarstrom in den eigenen Gebäuden von den Nutzerinnen und Nutzern verwendet werden kann.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, modellhaft für ein Dach eines öffentlichen Gebäudes eine Contracting-Ausschreibung und/oder eine Miet-Ausschreibung für eine Fotovoltaikanlage durchzuführen und die Wirtschaftlichkeit, auch im Vergleich zu der realisierenden Dachpacht bei einer Verpachtung des Daches an einen Investor, zu prüfen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss innerhalb eines Jahres von dem Ergebnis der Prüfung und des Modellprojektes zu berichten.

Nr. 18/630

Reformationstag

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Februar 2013
(Neufassung der Drucksache 18/743 vom 22. Januar 2013)
(Drucksache 18/784)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, für die rechtliche Umsetzung rechtzeitig einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Feiertagsgesetzes vorzulegen, soweit sich im Länderkreis abzeichnet, dass die Mehrheit der Bundesländer den 31. Oktober 2017 zum gesetzlichen Feiertag bestimmen.

Nr. 18/631

Umstrukturierung der polizeilichen Begleitung von Groß- und Schwertransporten

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 19. Dezember 2012
(Drucksache 18/718)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2013

(Drucksache 18/765)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/632

Wissenschaftszeitvertragsgesetz weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Januar 2013
(Drucksache 18/724)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich auf Bundesebene für eine Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) in folgenden Punkten einzusetzen:

1. Die Tarifsperrung soll aufgehoben werden, um vorzeitige Regelungen zur Entfristung und generell abweichende Regelungen zwischen Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer zu ermöglichen.
2. Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Promotions- und Habilitationsphase, die im Rahmen der 12- bzw. 15-Jahresregelung sachgrundlos befristet beschäftigt sind, müssen arbeitsvertraglich ausreichend Zeit für die Qualifikation zur Verfügung gestellt bekommen.
3. Für ausgebildete wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit befristeten Beschäftigungsverträgen sollen Mindestlaufzeiten festgeschrieben werden, die sich grundsätzlich an der Dauer der Drittmittelprojekte orientieren. Unterjährige Verträge sollen nur in besonders begründeten Ausnahmefällen (Beendigung der Qualifikationsphase) möglich sein.
4. Im WissZeitVG soll eine Verpflichtung zur Personalentwicklung und Personalplanung für Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen verankert werden, damit Karrierewege für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler besser planbar werden.

Nr. 18/633

Gesetz zur Änderung des Bremischen Datenschutzgesetzes

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2013
(Drucksache 18/763)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Nr. 18/634

Bericht des Senats „Anspruch auf Beratung und Hilfe für Opfer von Gewalt“

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2013
(Drucksache 18/764)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/635

Gesetz zur Änderung von Zuständigkeiten im Hafенbereich

Mitteilung des Senats vom 26. Februar 2013
(Drucksache 18/794)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 18/636

Bericht über die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 28. bis 30. August 2011 in Helsinki, Finnland

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 1. November 2011
(Drucksache 18/93)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt erneut von dem Bericht des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Nr. 18/637

Bericht und Antrag des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen zur Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft, Drucksache 18/93 vom 1. November 2011, „Bericht über die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 28. bis 30. August 2011 in Helsinki, Finnland“ vom 11. März 2013

(Neufassung der Drucksache 18/798 vom 28. Februar 2013)
(Drucksache 18/807)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Ergebnisse der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz zur Kenntnis und begrüßt die für ein Erreichen der darin dargestellten Ziele erforderlichen Aktivitäten.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen Kenntnis.

Nr. 18/638

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 17 vom 6. März 2013

(Drucksache 18/804)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/639

Die Arbeit im Rettungsdienst anerkennen und absichern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. März 2013
(Drucksache 18/810)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene im Rahmen der Beratungen zur Neuausrichtung der Ausbildung des Rettungsdienstpersonals dafür einzusetzen, dass

1. entsprechend dieser Anforderungen ein professionelles Berufsfeld des „Notfallsanitäters“ und ein Ausbildungskonzept erarbeitet werden, die u. a.
 - a) die Frage der Finanzierung der Ausbildungskosten und der Ausbildungsvergütung dahingehend klären, dass diese Regelaufgabe der Krankenkassen ist,
 - b) eine Integration der Ausbildung zum „Notfallsanitäter“ in die Feuerwehrausbildung weiterhin zulassen,
 - c) Übergänge vom Beruf des „Notfallsanitäters“ in andere Gesundheitsberufe eröffnen, z. B. durch die Anerkennung von Qualifikationen und Modularisierung von Ausbildungsabschnitten,
 - d) Vorzeiten, Kenntnisse und Erfahrungen aus ehrenamtlicher Tätigkeit im Rettungsdienst anerkennen, um somit ein Zusammenwirken von Ehrenamtlichen und Professionellen in der Notfallhilfe weiterhin zu gewährleisten,
 - e) eine weitestmöglich voraussetzungsfreie Anerkennung der aktuellen Qualifikation „Rettungsassistent“ als „Notfallsanitäter“ und nebenberufliche Weiterqualifizierungsmöglichkeiten vom „Rettungssanitäter“ zum „Notfallsanitäter“ vorsehen,
 - f) einen möglichen Systemwechsel von tradierten arztgestützten Rettungssystemen hin zu modernen rettungsdienstlichen Versorgungssystemen nicht verschließen.
2. bereits bestehende Ausbildungseinrichtungen und erfahrenes Ausbildungspersonal im Rahmen der Gestaltung der Ausbildung zum „Notfallsanitäter“ anerkannt werden, um zu gewährleisten, dass weiterhin Praktikerinnen und Praktiker für die notwendigen praktischen Ausbildungsanteile zur Verfügung stehen.
3. im Rahmen der Reform für die Durchlässigkeit von Rettungs-, Gesundheits- und Pflegeberufen insgesamt.
4. die bisherige Notfallkompetenz des Rettungsdienstpersonals zur Anwendung notwendiger invasiver Maßnahmen in eine gesetzlich normierte Regelkompetenz, gegebenenfalls durch korrespondierende Regelungen im Heilpraktikergesetz, umgewandelt wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, ihr bis Frühjahr 2014 über das Erreichte zu berichten.